

Ergebnisse des Workshops vom 09.07.2024

Stellenwert von Nachhaltigkeit und sozial-ökologischer Transformation im Diskurs zur zukünftigen Kohäsionspolitik



TAURUS ECO Consulting GmbH

Im Alten Garten 26
D-54296 Trier

<http://www.taurus-eco.de>

Ansprechpartner: Dr. Klaus Sauerborn

Autoren:

Dr. Klaus Sauerborn, Valentin Heimes, Katrin Böhme

INHALTSVERZEICHNIS

1 PROGRAMM 1

2 INHALTE UND ERGEBNISSE 2

 2.1 Einführung und Rahmen der Veranstaltung 2

 2.2 Eine erste Einschätzung zum Stellenwert der Nachhaltigkeit 3

 2.3 Ablauf der Veranstaltung 4

 2.4 Die strategische Ausrichtung der zukünftigen Kohäsionspolitik und die Bedeutung von ökologischer Transformation und Beteiligung 4

 2.5 Nachhaltigkeitstransformation als Leitidee der zukünftigen Kohäsionspolitik ... 5

 2.6 Welche Leitideen sollten aus kommunaler Perspektive die künftige Kohäsionspolitik bestimmen? 5

 2.7 Ergebnisse der Arbeitsgruppen 8

 2.7.1 Innovation 9

 2.7.2 Umwelt und Klima 12

 2.7.2.1 Biodiversität 12

 2.7.2.2 Wasser 16

 2.7.3 Regionale Ansätze und Beteiligung 18

3 AUSBLICK 23

4 FEEDBACK TEILNEHMENDE 24

1 PROGRAMM

Begrüßung und Einführung ins Thema

Begrüßung durch Martina Eick, Umweltbundesamt; Einführung durch Dr. Klaus Sauerborn, TAURUS ECO Consulting

Die strategische Ausrichtung der zukünftigen Kohäsionspolitik und die Bedeutung von ökologischer Transformation und Beteiligung

Vortrag durch EU-Kommission, GD Regio, Herr Mathieu Fichter

Nachhaltigkeitstransformation als Leitidee zur zukünftigen Kohäsionspolitik

Ideen und Vorschläge aus dem Forschungsprojekt von Taurus Eco

Welche Leitideen sollten aus kommunaler Perspektive die künftige Kohäsionspolitik bestimmen?

Impulse von BMWK, Frau Michelle Waltring und BMUV, Christel Willenbrock; danach Diskussion in der Fishbowl

Was bedeuten diese Leitideen für die bisherigen Ziele und die Governance der Förderung? – Arbeitsgruppen zu den Themen:

1. Innovation
2. Umwelt und Klima
3. Regionale Ansätze und Beteiligung

Präsentation und Ergänzung der Ergebnisse im Gallery Walk und anschließende Plenumsdiskussion

Abschluss und Ausblick

Durch Dr. Klaus Sauerborn, TAURUS ECO Consulting, und Martina Eick, Umweltbundesamt

2 INHALTE UND ERGEBNISSE

2.1 Einführung und Rahmen der Veranstaltung

Frau Eick vom Umweltbundesamt erläuterte einleitend, dass das UBA den EU-Kommunal-Kompass und ein begleitendes Forschungsprojekt fördert, um

- die für kommunale Akteure nachhaltigkeitsbezogenen Fördermöglichkeiten zielgruppengerecht auf einer Internetplattform darzustellen (Licht in den Förderdschungel der EU-Strukturförderung bringen) – <https://eu-kommunal-kompass-21-27.de/>
- im Forschungsprojekt unter Beteiligung der für die Förderung relevanten Akteure die bisherigen Erfahrungen, Herausforderungen und Schwierigkeiten der Förderung zu untersuchen und zu diskutieren. Dies mit dem Ziel, die Fördermöglichkeiten und -bedingungen für kommunale Akteure zu verbessern und Hinweise zu Förderschwerpunkten aus Sicht kommunaler Akteure zu erhalten.

Im Kern ging es im dritten Workshop darum, den Stellenwert der sozial-ökologischen Transformation für die zukünftige Kohäsionspolitik, auch aus der Sicht kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure, zu diskutieren. Die zentralen Begriffe der Veranstaltung waren „sozial-ökologische Transformation“ und „transformative Strukturpolitik“. Damit meinen wir die Ausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie der Förderpolitik auf die ökologischen und klimapolitischen Ziele: Dekarbonisierung von Wirtschaft und Energiesystemen, Klimaneutralität, Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft, Biodiversität und Klimaanpassung. Transformative Strukturpolitik sollte gerecht und sozial gestaltet sein und sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Außerdem muss sie vorausschauend und präventiv sein, um zu verhindern, dass Regionen in Entwicklungsfallen geraten, und um durch frühzeitige Maßnahmen hohe zukünftige Kosten des Nicht-Handelns zu vermeiden.

Herr Sauerborn erläuterte den politischen Rahmen und Schlaglichter aus dem politischen Diskurs, in den die Debatte um die Zukunft der Kohäsionspolitik eingebettet ist.

Die Prozesse zur Vorbereitung der kommenden EU-Förderperiode (FP) 2028-2034 nehmen langsam Fahrt auf, die ersten Verordnungsentwürfe werden Anfang nächsten Jahres erwartet. Daher ist es aktuell geboten, Positionen zur zukünftigen Ausrichtung der Strukturfondsförderung aus Sicht kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure und zur Bedeutung von Nachhaltigkeit zu entwickeln und in den Diskurs einzubringen. Mit der Vorlage des [Berichts der High-Level Group](#), des 9. Kohäsionsberichts und der darauf bezogenen Mitteilung der Europäischen Kommission (COM (2024) 149 final) ist die Diskussion über die zukünftige EU-Strukturpolitik in eine neue Phase eingetreten. Prägend für die aktuelle Diskussion sind folgende Entwicklungen:

- Geopolitische Veränderungen und Machtverschiebungen, in deren Folge die EU wieder mehr Autonomie in bestimmten Technologiefeldern erreichen (Mikro-Chips, Energie ... > STEP¹ - Strategic Technologies for Europe Platform) und den Zugang zu strategisch wichtigen Rohstoffen sichern will;
- Große Unzufriedenheit mit hohen administrativen Lasten und Forderungen nach Bürokratieabbau, auch in der Kohäsionspolitik;
- EU interne Diskussion über Reform / Abschaffung der Kohäsionspolitik: Umstellung des delivery systems, der Art und Weise von Management und Verwaltung in Richtung zentralerer Modelle wie RRF; Multi-Level-Governance wird in Frage gestellt; Stellenwert von bottom-up- versus top-down-Ansätzen der Steuerung;
- Empirisch belegte Zusammenhänge des besonderen Erstarkens des Rechtspopulismus in ökonomisch benachteiligten, abgehängten Regionen, „geography of discontent“;
- Mögliche/geplante Erweiterung der EU um neue Mitgliedsstaaten wie Ukraine, Georgien;
- Eine massive, täglich erlebbare Verschärfung von Umwelt- und Klimakrisen.

Vor diesem Hintergrund besteht die Gefahr, dass das Thema der Nachhaltigkeitstransformation unter die Räder kommt. In Debatten ist immer weniger die Rede davon; die Nachhaltigkeitstransformation steht aktuell nicht mehr oben auf der Tagesordnung. Dies vernachlässigt die zentrale Rolle der Herausforderungen, vor denen wir angesichts der Verschärfung von Umwelt- und Klimakrisen stehen. Zahlreiche Expert*innen sind davon überzeugt, dass diese auch für die zukünftige Kohäsionspolitik zentral sind und in vielfältiger, Synergien- und Mehrwert-schaffender Weise mit anderen Zielen der Kohäsionspolitik verknüpft werden können. So trägt die Verbesserung von Umwelt- und Klimabedingungen oft auch direkt zur Verbesserung der menschlichen Lebensverhältnisse und Gesundheit bei. Zudem werden Umwelt- und Klimaschutz immer stärker zu Standortfaktoren der wirtschaftlichen Entwicklung aber auch wichtig als neue Innovationsmotoren und Exporttechnologien. Deshalb stand der Stellenwert von Nachhaltigkeit in Strukturpolitik, insbesondere in der nächsten Förderperiode, im Fokus der Veranstaltung.

2.2 Eine erste Einschätzung zum Stellenwert der Nachhaltigkeit

Zu Beginn der Veranstaltung wurde die gesamte Gruppe der Teilnehmenden gebeten, sich per Aufstellung dazu zu äußern (0-10), welche Stellenwert Nachhaltigkeit bzw. sozial-ökologische Transformation in der vergangenen Förderperiode hatte, wie die Entwicklung dieser Themen von der letzten bis in die aktuelle Förderperiode war und welchen Stellenwert sie künftig haben müssten. Für die vergangene Förderperiode wurde der Stellenwert als gering bis Mittel bewertet (2-5), die Entwicklung hin zur aktuellen FP wurde als etwas verbessert eingestuft (3-6) und zu-

¹ STEP will raise and steer funding across 11 EU programmes to three target investment areas: digital technologies and deep-tech innovation; clean and resource efficient technologies; biotechnologies.

letzt wurde signalisiert, dass der Stellenwert dieser Themen in Zukunft deutlich höher sein müssten (5-10), wobei einige Teilnehmende der Meinung waren, dass diese Themen in der Strukturfondsförderung schon ausreichend abgedeckt seien. Wichtiger sei es, die zur Verfügung stehende Mittel sinnvoller und effektiver zur Förderung von Nachhaltigkeit und sozial-ökologischer Transformation einzusetzen.

2.3 Ablauf der Veranstaltung

Einen wertvollen Einblick in die strategische Ausrichtung der künftigen Kohäsionspolitik und die Bedeutung von ökologischer Transformation und Beteiligung in diesem Zusammenhang gewährte Herr Mathieu Fichter von der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung (GD Regio) mit seiner Präsentation. Neben diesem Beitrag lieferte Klaus Sauerborn von Taurus Eco mit seinem Vortrag zum Thema Nachhaltigkeitstransformation als Leitidee der zukünftigen Kohäsionspolitik eine weitere Grundlage für die Diskussion in der Fishbowl. In der Diskussion wurden u. a. die Positionen von den für Strukturpolitik zuständigen Abteilungen von BMWK und BMUV sowie Vertretern von Wohlfahrtsverbänden und der kommunalen Verwaltung eingebracht.

Vertieft diskutiert wurden in den drei Arbeitsgruppen am Nachmittag:

- der Innovationsbegriff und dessen Anwendung in der Strukturfondsförderung
- welchen Stellenwert Subthemen des Bereichs „Klima und Umwelt“ (PZ 2) wie Wasser, Mobilität und Biodiversität in der künftigen Strukturfondsförderung spielen sollten
- die Bedeutung regionaler Förderansätze für die Transformation.

2.4 Die strategische Ausrichtung der zukünftigen Kohäsionspolitik und die Bedeutung von ökologischer Transformation und Beteiligung

Vortrag durch EU-Kommission, GD Regio, Herr Mathieu Fichter

Siehe: [Link zu Präsentation](#)

Herr Fichter erläuterte aus Sicht der GD Regio, wie die Kohäsionspolitik in Zukunft gestaltet werden könne. Zu Beginn wurde der Erfolg der Kohäsionspolitik und der geschaffene Mehrwert in den letzten 20 Jahren anhand von makroökonomischen Kennzahlen belegt. Vor allem die 2004 beigetretenen Mitgliedsstaaten verzeichneten eine starke Aufwärtskonvergenz. Daraufhin wurden Herausforderungen wie wirtschaftliche Disparitäten innerhalb von Mitgliedsstaaten, der demografische Wandel, der Klimawandel sowie geopolitische Spannungen erläutert. Zuletzt präsentierte Herr Fichter Lehren für die Zukunft zur Verbesserung der Strukturpolitik wie die Steigerung der Wirksamkeit der kohäsionspolitischen Investitionen, eine effektivere und einfachere

Durchführung, die stärkere Nutzung der ortsbasierten Förderung und lokaler Fähigkeiten und Potenziale sowie die Stärkung von institutionellen Kapazitäten.

2.5 Nachhaltigkeitstransformation als Leitidee der zukünftigen Kohäsionspolitik

Impuls durch Taurus Eco, Klaus Sauerborn

Siehe: [Link zur Präsentation](#)

Herr Sauerborn hob mit seinem Beitrag die Notwendigkeit einer auf Nachhaltigkeitstransformation ausgerichteten EU-Kohäsionspolitik für die kommende Förderperiode 2028-2034 hervor. Diese Notwendigkeit ergibt sich u. a. aus der Verschärfung von Umwelt- und Klimakrisen, welche die Grundlagen unseres Wirtschaftens bedrohen. Die Nachhaltigkeitstransformation beinhaltet einen systemischen Wandel, der teilweise auch disruptiv sein wird und somit die Einführung und Etablierung umweltfreundlicher und den Ausstieg aus umweltschädlichen Wirtschaftsweisen erfordert. Die zukünftige Strukturpolitik der EU solle mit diesem Wandel in Einklang stehen. Weiterhin wurden im Beitrag die Bedeutung von Handlungsfeldern wie Dekarbonisierung, Kreislaufwirtschaft, Klimaanpassung etc. erwähnt, die auch im PZ 1 im Rahmen von „missionsorientierter Forschung“ adressiert werden sollten. Zuletzt wurde die Bedeutung der Einbeziehung von Regionen, Kommunen und der Zivilgesellschaft in die Kohäsionspolitik betont, um die Transformation erfolgreich vor Ort gestalten zu können.

2.6 Welche Leitideen sollten aus kommunaler Perspektive die künftige Kohäsionspolitik bestimmen?

Diskussion in der Fishbowl

Zu Beginn der Fishbowl-Diskussion stellten Frau Waltring und Frau Willenbrock kurz die Diskussionsstände ihrer Ressorts zur zukünftigen Kohäsionspolitik vor. Die Position des BMWK entspreche grundsätzlich der Position der KOM (9. Kohäsionsbericht, Bericht der High-Level-Group zur Zukunft der Kohäsionspolitik). Frau Waltring betonte, dass das **BMWK ein sehr breites Verständnis des Transformationsbegriffes** habe, welches nicht nur ökologische, sondern auch soziale Aspekte umfasse. Aus Sicht des BMWK solle die **Kohäsionspolitik in ihrer jetzigen Form (geteilte Mittelverwaltung) beibehalten** werden und ortsbasierten Ansätzen sollten in der Förderpolitik mehr Raum gewährt werden.

Auch Frau Willenbrock vom BMUV äußerte den Wunsch in Richtung der KOM, die Kohäsionspolitik in ihrer grundsätzlichen Ausgestaltung fortzuführen. Man sei prinzipiell mit der aktuellen Ausrichtung der Kohäsionspolitik zufrieden. Es sei enorm **wichtig, Kontinuität in der Umsetzung**

der Förderung zu wahren und gleichzeitig Korrekturen vorzunehmen und Verbesserungsmöglichkeiten zu prüfen. Besonders **stagnierende Regionen sollten in den Fokus** genommen werden. Der regionale Ansatz der Förderung sei sehr wichtig, da es positiv sei, das lokale Wissen und die Bedingungen vor Ort zu berücksichtigen. Inhaltlich betonte Frau Willenbrock die Wichtigkeit, die Transformation mit einem breiteren Verständnis stärker in den Fokus zu nehmen. Aktuell gebe es auf EU-Ebene eine stark industriepolitisch geprägte Diskussion – es sei wichtig, wettbewerbsfähig zu bleiben und Wachstum sei in einem bestimmten Rahmen auch wichtig, aber langfristig wettbewerbsfähige Regionen und **Wirtschaft benötigen ein gesundes Fundament**. Die EU könne ihre Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und Resilienz verlässlich nur erhalten und steigern, wenn sie dafür in die Bewältigung der Umweltkrisen, die grüne Transformation und die Bereitstellung öffentlicher Güter investiert. Es bestehe ein enormer **Investitionsbedarf für die Klimaanpassung** (ca. 60 Mrd. € jährlich) **und die Biodiversität**, wofür laut der Kommission jährlich ca. 48 Mrd. € notwendig seien. Laut EZB seien von den 4,2 Millionen Unternehmen im Euroraum 3 Millionen auf Naturleistungen angewiesen, beispielsweise seien viele Medikamente pflanzlichen Ursprungs. Frau Willenbrock merkte daher an, dass **wenn die Natur zerstört werde, auch die ökonomische Aktivität beeinträchtigt werde**, weshalb Naturschutz und wirtschaftlicher Erfolg nicht voneinander zu trennen seien. Gewünscht werde eine Ausgestaltung der Förderung mit **thematischer Konzentration und „Earmarking“** (Mittel für vorher festgelegte Nachhaltigkeitsziele reservieren bzw. einplanen, z. B. Klimaquote von 30 % im EFRE). Grüne Maßnahmen wie naturbasierte Lösungen (NbS) sollten künftig mehr in den Fokus rücken, da diese auf verschiedene Umweltschutz- und gesellschaftliche Ziele gleichzeitig einzahlen (z. B. Klimaanpassung, Biodiversität und Klimaschutz durch naturbasierte Hochwasserschutzmaßnahmen).

Ein Teilnehmer aus der Praxis der EU-Strukturförderung auf Ebene eines Bundeslandes stimmte Frau Willenbrocks Ausführungen zu und wies darauf hin, dass alle genannten Bereiche der Nachhaltigkeitsförderung abgedeckt werden müssen, und betonte, dass die Priorisierung von Themen ein hochpolitisches Thema sei. Aus Sicht der Förderpraxis wies er darauf hin, dass die Kreislaufwirtschaft ein neues Thema im aktuellen Förderprogramm sei. Neue Themen in die Förderprogramme einzuarbeiten, erfordere jedoch viel Vorlaufzeit, insbesondere wenn Förderbereiche transformativ ausgerichtet werden sollen. **Die bestehenden Regularien seien jedoch oft hinderlich**, auch wenn es darum geht, die Förderung für Antragstellende attraktiv zu gestalten. Kontinuität über eine Förderperiode hinaus sei entscheidend, insbesondere für neue Förderbereiche, damit sie sich etablieren und verstetigen können. Zum Begriffsverständnis von Transformation und Nachhaltigkeit stellte er klar, dass diese Begriffe über die Energiewende hinaus u. a. auch gesellschaftliche Herausforderungen umfassen. **Die EU-Strukturfonds seien jedoch hauptsächlich auf Strukturwandel ausgerichtet, nicht explizit auf Transformation**. Daher benötige man Instrumente und Fördergegenstände, die nicht nur physische Investitionen oder Innovationen unterstützen, sondern auch Beratung und Partizipation (im Bereich Transformation) fördern. Die

notwendigen Technologien zur Voranbringung der Nachhaltigkeitstransformation seien vorhanden, müssten aber in den Markt gebracht werden und **Akzeptanz in der Bevölkerung** finden.

Ein weiterer Wortbeitrag hob die Bedeutung der Wohlfahrtsverbände als große Arbeitgeber mit 125.000 Einrichtungen hervor. Eine durchgeführte Umfrage in diesen Einrichtungen zeigte, dass über 30 % der befragten Mitarbeitenden der Diakonie keine Kenntnisse über Strukturpolitik haben. Daher sei es **notwendig, Kapazitäten zu schaffen, um Expertise aufzubauen**, zu erhalten und weiterzugeben. Die Zielgruppen der Diakonie umfassen benachteiligte Kinder, Jugendliche, Menschen mit Erkrankungen, Personen über 60, Arbeitslose und Menschen mit Migrationshintergrund. Die Schwerpunkte liegen auf sozialer Teilhabe, Teilhabe am Arbeitsmarkt und dem Ausbau digitaler Kompetenzen. Die **ökologische Transformation werde von den Mitarbeitenden jedoch nicht mehr als so wichtig erachtet**. Es bestehe Übereinstimmung mit vielen Punkten der Europäischen Kommission (Beitrag von Herr Fichter), beispielsweise bei der Förderung aller Regionen. Allerdings müssten Sanktionen gegen Länder verhängt werden, die die Prinzipien Europas (bspw. das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit) verletzen. Die Diakonie befürworte weiterhin die geteilte Mittelverwaltung, allerdings besser geleitet und mit mehr Beteiligung aller Partner. Es sei **wichtig, die Bedürfnisse der potenziellen Antragstellenden in den Regionen zu erheben**. Die Diakonie möchte das politische Ziel 4 (PZ 4) vorantreiben und fordert **höhere Kofinanzierungssätze**, da die Mittelabflüsse bisher nicht zufriedenstellend funktionieren. Deutschland laufe demnach Gefahr, langfristig Mittel zu verlieren, wenn keine Verbesserungen erfolgen.

Ein Teilnehmer aus dem Bereich der kommunalen Verwaltung nahm Bezug auf den von Herrn Fichter angesprochenen EU-Mehrwert und betonte, dass dieser entstehe, wenn Städte und Regionen eigenständig Mehrwert entwickeln können, der sich dann sozusagen in Richtung EU nach oben entfalte. Er plädierte für **mehr Bottom-up-Ansätze in der Förderung**, bei denen Kommunen und Regionen stärker in die Entwicklung eingebunden werden, um lokale Problemlagen besser bestimmen zu können. Zum Thema Nachhaltigkeit erklärte er, dass ohnehin keine Maßnahmen mehr umgesetzt werden könnten, die den Nachhaltigkeitszielen nicht entsprechen. Nachhaltigkeit umfasse die drei Dimensionen: ökologisch, ökonomisch und sozial, wobei die **soziale Dimension zunehmend vernachlässigt** werde. Es sei wichtig, Menschen zu befähigen und zu überzeugen, Nachhaltigkeit selbst umsetzen zu wollen. Daher müsse **mehr in die Menschen investiert werden**, insbesondere in ihre Qualifikation und Bildung im Bereich der Strukturfondsförderung. Auch diejenigen Personen, die die Förderung umsetzen, benötigten mehr Capacity Development.

Dem wurden die Fragen entgegnet, welche Menschen denn wissen, wie die Förderbedarfe vor Ort aussehen und wie man Menschen motivieren könne, sich an lokalen Transformationsprozessen zu beteiligen? Es wurde kritisiert, dass bei den regionalen Förderansätzen (territoriale Instrumente wie LEADER, ITI, Sonstige) die als Fördervoraussetzung geltenden regionalen Strategien nicht überall durch die Strukturfonds gefördert würden. Die **Partizipation der Menschen vor Ort**

an der Förderung müsse strategisch auf der kommunalen Ebene unterstützt werden. Dem wurde zugestimmt und erklärt, dass 2007 im Zuge der damals neuen Förderperiode versucht wurde, die Fondsverantwortlichen von EFRE, ESF und ELER zusammenzubringen, um die CLLD (LEADER) Förderung zu harmonisieren. Dies sei jedoch gescheitert, da die Verantwortlichen von EFRE und ESF nicht dazu bereit waren, sich in die administrativen Vorgaben des ELER einzuarbeiten. Für die kommende FP müsse es dafür einen neuen Anlauf geben, um die Förderung schlüssiger und in einem Guss umsetzen zu können.

Herr Fichter stimmte mit den Beiträgen der Teilnehmenden überein und befand, dass die Strukturfondsförderung und deren Ergebnisse nicht sichtbar genug für die Bürger*innen sei. Mit Bezug auf die komplexen Regularien und den verspäteten Anlauf der aktuellen Förderperiode sagte er, dass man in der Programmierung viel Zeit damit verschwendet habe, Fördermaßnahmen einem bestimmten Spezifischen Ziel (SZ) zuzuordnen. Es gebe vermehrt integrierte Maßnahmen, die auf mehrere SZ einzahlen, und dafür brauche es **mehr Flexibilität**. Dies solle in der Ausgestaltung der zukünftigen Verordnungen berücksichtigt werden.

Weiterhin wurde angemerkt, dass es im EFRE durchaus möglich sei, „in Menschen zu investieren“ (z. B. im JTF), dass diese Möglichkeiten von den verantwortlichen Behörden jedoch nicht so häufig wahrgenommen würden, da dies in der Umsetzung komplizierter sei als die klassische investive Förderung. Auch er betonte, dass eine stärkere Einbeziehung von kommunalen Akteuren in das Fördersystem gewünscht sei, die Beteiligung sei jedoch sehr aufwändig und müsse besser vorbereitet werden. Dazu müsse es **in der Programmierungsphase eine frühere Einbeziehung der kommunalen Akteure** geben. Die Bedeutung der Bottom-up-Ansätze (regionale Förderansätze) wurde noch einmal betont, diese gäbe es ausschließlich in der Strukturfondsförderung und seien eine ihrer Stärken.

2.7 Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Zu Beginn der AGs wurde danach gefragt, in welcher Weise die Ergebnisse des Workshops in die weiteren politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse einfließen und ob diese direkt in die Stellungnahme des BMWK zur Vorbereitung der Kohäsionspolitik ab 2028 eingehen. Letzteres ist nicht der Fall, die Intention ist vielmehr, allen am Workshop teilnehmenden Akteuren Ideen vorzustellen und diese mit ihnen gemeinsam weiterzuentwickeln, um die Meinungsbildung aller Beteiligten besser zu fundieren. Letztlich kann dann jeder das mitnehmen, was für ihn wichtig ist und es in seine Kreise weitertragen. Die Ergebnisse könnten dann in den Stellungnahmen der Akteure zur zukünftigen Ausrichtung der Kohäsionspolitik genutzt werden. Die Ergebnisse werden in die internen Diskussionen von BMWK, BMUV eingebracht und der DG Regio zur Verfügung gestellt.

2.7.1 Innovation

Nach der Einführung durch einen kurzen [Impuls](#) von Klaus Sauerborn zum Thema Innovation widmete sich die Arbeitsgruppe zwei Diskussionsfragen:

1. Was sind aus Ihrer Sicht große gesellschaftliche Herausforderungen, auf die sich die zukünftige Innovationspolitik beziehen sollte?
2. Was spricht für, was gegen eine Ausrichtung der Innovationsförderung auf Missionen bzw. Nachhaltigkeitstransformationen?

Gesellschaftliche Herausforderungen

Mit Bezug auf die [Vormittagspräsentation](#) zur missionsorientierten Innovationsförderung wurden zu Beginn als gesellschaftliche Herausforderungen, auf welche sich die künftige Innovationspolitik beziehen sollte, die folgenden vorgeschlagen: **Klimaschutz, Biodiversität, Klimaanpassung und -resilienz, Kreislaufwirtschaft, Energiewende und Gesundheit**. Diese wurden von den Teilnehmenden als relevant bestätigt und um weitere wichtige Herausforderungen ergänzt, die teilweise in engem Zusammenhang mit den erstgenannten stehen. Beispielsweise wurde auf den Klimaschutz verweisend das Thema **Mobilität** genannt, welches nicht in den Hintergrund rücken dürfe, da es der einzige Sektor sei, in welchem der CO₂-Ausstoß nicht signifikant rückläufig sei. Zudem wurde auf die enge Verbindung zwischen den vorgeschlagenen Herausforderungen aufmerksam gemacht, z. B. beziehe sich das Thema **Verschmutzung** auf die Bereiche Gesundheit, Biodiversität und Klimaschutz.

Im regen Austausch wurde betont, dass weiterhin die **globale Wettbewerbsfähigkeit** eine große Rolle spiele, damit Innovation überhaupt finanziert werden könne. Jedoch sei ein Wandel des Wirtschaftens notwendig, z. B. von der Abhängigkeit gegenüber Ländern durch den Import elementarer Güter hin zu **Autonomie** und **regionaler Wertschöpfung**. Die Förderung von kreislauffähigen Materialien und Rohstoffen sei hierbei besonders wichtig. Die Herausforderung liege darin, **Nachhaltigkeitstransformation in der Wirtschaft** zu implementieren, gleichzeitig aber die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Eine konkrete Idee war, den Lehrplan in Bildungseinrichtungen anzupassen, um aktuelle Themen wie Kreislaufwirtschaft mit einzubringen. Dabei müssten ggf. veraltete Themen fallen gelassen werden, um den zeitlichen Rahmen des Lehrplans nicht zu sprengen.

Das Thema **Bürokratie** wurde ebenfalls intensiv diskutiert, da die meisten Akteure in ihrem Förderalltag damit konfrontiert werden. Einschätzungen von Teilnehmenden hierzu waren: Einige Betriebe lagerten schon Bereiche ins Ausland aus, nur um die deutsche Bürokratie zu umgehen. Pragmatische Innovationsansätze scheiterten an Bürokratie, dabei solle sie eigentlich helfen und nicht verhindern. Eine Lösungsidee für die Verringerung der „Bürokratielast“ könne eine innovative Modell-Verwaltung sein, in welcher experimentell einige Vorschriften ausgeblendet werden,

um zu erfahren, inwiefern sich die Prozesse verbessern. Auch ein EU-weiter Vergleich der Anwendung bestehender Regulationen sowie die Identifikation und der Transfer von Best-Practice-Beispielen könnten die Vereinfachung vorantreiben. Eine weitere Herausforderung in der Programmierung der Innovationsförderung sei die Verankerung der Innovationen als primäres Ziel von Förderprogrammen oder als Querschnittsaufgabe.

Der **Fachkräftemangel** in vielen Bereichen wird von den Teilnehmenden als große gesellschaftliche Herausforderung angesehen. Als Möglichkeit der Arbeitsentlastung und Verwaltungsvereinfachung für die Umsetzung von Förderprogrammen wurde die Entwicklung und Nutzung von KI diskutiert. Beispielsweise könnte Mitarbeitenden der Behörden durch KI-Arbeit im Bereich der Breitenförderung abgenommen werden, jedoch bedürfe die erfolgreiche Implementierung von KI wiederum den Einsatz von IT-Fachkräften, an denen es auch mangle. Die Arbeitskräfte-Entwicklung im Innovationsbereich allgemein sei essenziell. Zudem müsse die Attraktivität der Arbeitsplätze in strukturschwächeren Regionen erhöht und ein EU-Austausch gefördert werden, um junge Kompetenzträger*innen zu gewinnen.

Ein weiterer Diskussionsschwerpunkt lag auf der **sozialen Dimension** und den sozialen Voraussetzungen für eine stärkere Ausrichtung der Innovationsförderung, aber auch der Kohäsionspolitik allgemein, auf zentrale gesellschaftliche Herausforderungen. Grundlegend wird ein höheres Maß an Beteiligung an Prozessen und Entscheidungen in den Regionen für wichtig gehalten, um gesellschaftliche Teilhabe, Gemeinschaft und Gemeinwohlorientierung zu stärken und der gesellschaftlichen Polarisierung entgegenzuwirken. Dazu brauche es Angebote für das Empowerment und erfolgversprechende Narrative über die Wirksamkeit der EU-Förderung (vor Ort), die für die Menschen erfahrbar sind. So könne auch der Europäische Zusammenhalt gestärkt werden. Solche Narrative könnten z. B. die Stärkung der regionalen Autonomie und Wertschöpfung im Zusammenhang mit der Fokussierung auf Herausforderungen wie Energiewende oder Anpassung an den Klimawandel betreffen, bei der die lokale Bevölkerung auch vermehrt an den Gewinnen beteiligt werden könne. Ein weiterer Lösungsvorschlag zur Stärkung der Prozess- und Entscheidungsbeteiligung könne die Schaffung eines (regionalen) Netzwerkes zur Beratung und Unterstützung für die erleichterte Mitwirkung an den Strukturfonds sein. Es sei sinnvoller ein Netzwerk mit mehr Mitarbeitenden für einen größeren Raum zu unterstützen, anstatt viele kleine Stellen verstreut im Raum zu fördern. Befürwortet wurde auch die Förderung von überregionalem und europäischem Austausch.

Als übergreifende Herausforderungen wurden die **Digitalisierung**, der **demographische Wandel** und die **Suffizienz**, im Sinne der Schaffung von Lebensqualität in schrumpfenden Ökonomien, benannt.

Ausrichtung auf Missionen

Die Ideensammlung und Diskussion der Pro- und Contra-Argumente für eine Ausrichtung der Innovationsförderung auf Missionen und Nachhaltigkeitstransformationen war lebhaft und kontrovers. Ergänzend wurden die folgenden grundlegenden Fragen nach dem Charakter von Missionen gestellt:

- Was ist eigentlich eine Mission? Was ist die dahinterstehende Vision? Wie groß können wir denken? (Hierzu hatte es in der [Vormittagspräsentation](#) von Klaus Sauerborn Vorschläge gegeben.)
- Wer initiiert diese bzw. welche Ebenen sind beteiligt? Welche Rolle soll die EU spielen und wie viele Handlungsspielräume sollen auf den nachgeordneten Ebenen verbleiben?
- Was ist die angemessene Zeitdimension für eine Mission? Einerseits erscheint vor dem Hintergrund des Planungshorizonts der zukünftigen Kohäsionspolitik (Start im Jahr 2028, dann 7 + 2-3 Jahre Laufzeit) die Festlegung auf Missionen mit großen Unsicherheiten verbunden zu sein. Andererseits ist die Kohäsionspolitik naturgemäß auf längere Frist angelegt und bestimmte Herausforderungen wie Eindämmung des Klimawandels und Anpassung an den Klimawandel werden mit Sicherheit auch längerfristig andauern.

Die folgenden **Pro**-Argumente für eine missionsorientierte Ausrichtung der Innovationsförderung wurden von den Teilnehmenden vorgetragen: Durch die Ausrichtung auf Missionen und klare Zielsetzungen werde die Wirksamkeit von Innovationen erhöht, was sich in Programmen wie „Horizont Europa“ bewährt habe. Auf dem Weg eine Mission zu erfüllen, entstünden häufig neue Innovationen, welche intrinsisch motiviert seien. Intrinsische Motivation sei von hoher Bedeutung für die Umsetzbarkeit von Innovationen. Zudem ermögliche der missionsorientierte Ansatz durch die Betrachtung verschiedener Perspektiven eines Themas eine holistische Vorgehensweise.

An **Contra**-Argumenten wurde angeführt: Die missionsorientierte Ausrichtung wirke einschüchternd und abschreckend für die Bevölkerung, da einige den Druck verspürten, dass das eigene „kleine“ Projekt zu einer großen EU-Mission beitragen müsse. Deshalb sei es notwendig, die Komplexität der Innovationsförderung zu verringern und das Narrativ zu vereinfachen. Eine gute Operationalisierung durch Teilzielsetzungen und Aufschlüsselungen der Missionen auf regionale Kontexte könne hier eine Lösung sein. Zudem könne die Transformation neue problematische Herausforderungen bezüglich Bürokratie mit sich bringen: Ein höherer administrativer Aufwand (z. B. durch Monitoring), die Vereinbarkeit mit bestehenden Systemen und dem Beihilferecht und eine dabei unzureichende Einbeziehung der Stakeholder. Dahingehend wurde die Idee diskutiert, zur Vereinfachung alle Innovationen zuzulassen, die auf die SDGs einzahlen. Dabei müsse jedoch darauf geachtet werden, dass sie das DNSH-Prinzip nicht verletzen, denn alle Themen seien vernetzt und müssten zusammengedacht werden. Außerdem sei durch die Fokussierung auf festgelegte Missionen die Flexibilität eingeschränkt.

Aus Sicht der Protokollant*innen lässt sich aus der Diskussion folgendes Fazit ziehen: Um die Ausrichtung der Innovationsförderung auf Missionen bzw. Nachhaltigkeitstransformationen erfolgreich gestalten zu können, ist es wichtig die **Balance** zwischen Fokus und Flexibilität zu erzeugen. Die Ausrichtung auf Missionen soll als Zielorientierung fungieren, jedoch die Offenheit gegenüber neuen (Technologie-)Themen nicht verhindern. Der Raum zum Experimentieren sollte erweitert werden, das Scheitern von Experimenten sollte nicht sanktioniert werden.

2.7.2 Umwelt und Klima

Im Zentrum der Umwelt- und Klimadebatten der Kohäsionspolitik standen bislang der Klimaschutz, insbesondere mit Fokus auf den Energiesektor, und die Klimaresilienz. Andere wichtige Themen wie Wasser wurden oft nur am Rande behandelt. Die Arbeitsgruppe „Umwelt und Klima“ beschäftigte sich daher mit der Frage, welchen Stellenwert diese bisher randständigeren Themen in Zukunft einnehmen sollten, wobei der Fokus auf der nicht-innovationsbezogenen Förderung lag. Zur Auswahl standen die Themen Biodiversität, Wasser und Mobilität, von denen die Teilnehmenden die ersten beiden gewählt haben.

Nach einer Einführung in die beiden Themen durch kurze [Impuls](#) widmete sich die Arbeitsgruppe folgenden Diskussionsfragen:

1. Was sind die Probleme, Herausforderungen und Bedarfe im jeweiligen Umweltbereich auf die sich die zukünftige Kohäsionspolitik beziehen könnte oder sollte? Wo liegen die Prioritäten und warum?
2. Welche Veränderungen in Bezug auf Ziele und Gegenstände der Förderung wären hilfreich, um die Förderung bedarfsgerechter zu gestalten? Welche Verbesserungsvorschläge gibt es?
3. Welche Beziehungen, Wechselwirkungen, Synergien hat das jeweilige Umweltthema mit den anderen Umweltthemen und Zielen der Förderung? Wo gibt es Zielkonflikte, wo Potenziale für Synergieeffekte?

2.7.2.1 Biodiversität

Zunächst wurde das Thema Biodiversität in der Arbeitsgruppe diskutiert. Dabei wurden folgende Probleme, Herausforderungen, Bedarfe und Prioritäten genannt und diskutiert:

Probleme und Herausforderungen

Die Förderung der Biodiversität lasse sich **nicht eindeutig einem Fonds zuordnen**. Teilnehmende führten an, dass die Biodiversität nicht in den EU-Empfehlungen zur Mittelverwendung des EFRE² stehe, jedoch im ELER. Die Teilnehmenden sahen sowohl Vor- als auch Nachteile darin,

² Zwar wird die Biodiversität im Länderbericht 2019 Anhang D – Investitionsleitlinien für Deutschland nicht erwähnt, so wurde aber in der [interinstitutionellen Vereinbarung zum mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027](#) (Teil II, A, 16. e) die

die Biodiversität nur einem Fonds (EFRE, Umweltfond, ELER etc.) zuzuordnen. Durch die Integration in mehrere Fonds könne man eine flächendeckendere und integrativere Förderung der Biodiversität erreichen. Andererseits bestehe durch die Aufteilung auf mehrere Fonds, insbesondere wenn es keine gezielte Förderung, sondern „nur“ eine Querschnittsaufgabe sei, die Gefahr, dass es als lästige Randaufgabe behandelt werde.

Die größten und meisten Probleme sahen die Teilnehmenden im (fehlenden) **Mittelabfluss** für bestehende, aber auch denkbare Biodiversitätsmaßnahmen. Folgende Gründe wurden genannt: Die EFRE-Förderung sei für Antragstellende wenig attraktiv und leide unter einem schlechten Image. Dies liege zum einen an der zu kompliziert empfundenen Antrags- und Verfahrensstruktur, zum anderen an der Schwierigkeit der Vor- bzw. Co-Finanzierung von Projekten seitens der Antragstellenden. Insbesondere lokale Antragstellende könnten die geforderte Kofinanzierung nicht oder nur kaum bereitstellen. Aufgrund dessen gäbe es im Bereich der Biodiversitätsförderung zu wenige Anträge. Weitere genannte Gründe seien der anhaltende und sich durch bevorstehende Ruhestände verschärfende Personalmangel. Des Weiteren fehle es an entsprechenden Umsetzenden, zumal Biodiversität keine kommunale Pflichtaufgabe ist und somit nachrangig behandelt werde. Ein weiterer Hinderungsgrund für einen raschen Mittelabfluss liege im langen Vorlauf der Förderung, aber auch der Projekte, welche überwiegend großflächig angelegt seien. Damit verbunden ist auch das Problem des Flächenkaufs für entsprechende Projekte, welcher nicht oder zumindest meistens nicht von der Förderung abgedeckt sei, wodurch den kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren erneute Kosten entstünden, die sie kaum oder gar nicht tragen könnten.

Ein weiteres Problem sahen die Teilnehmenden in der **Themenkonkurrenz**. Die Biodiversität werde eher als Randthema wahrgenommen und behandelt. Im Vordergrund stehen insbesondere im EFRE die Förderbereiche Klima, Energie und Anpassung an den Klimawandel. Auch deswegen fehle es der Biodiversität an einflussreicher Lobbyarbeit. Es wurde vorgeschlagen, entsprechende Lobbyarbeit zum Thema Biodiversität, z. B. seitens der Naturschutzverbände, aus der Technischen Hilfe umzusetzen.

Eine Herausforderung bei der effektiven Umsetzung von Biodiversitätsprojekten sahen die Teilnehmenden durchweg in der **langen Projektlaufzeit**. Dabei müsse sichergestellt werden, dass nicht nur die Phasen der Vorplanung und eigentlichen Umsetzung durch die Förderung abgedeckt werden, sondern auch die sich anschließende Objektbetreuung. Des Weiteren wäre es hilfreich, entsprechende Projekte auch förderperiodenübergreifend umzusetzen und zu begleiten.

Ausgaben zur Erreichung der Biodiversitätsziele festgeschrieben. Auch in den Erwähnungsgründen (Nr. 6) der [EFRE-Verordnung](#) haben diese Eingang gefunden.

Für die verwaltenden Stellen, aber auch die Antragstellenden, sei auch das Thema **Messbarkeit von Output und Ergebnissen** hinderlich, insbesondere aufgrund der Schwierigkeit, die von der EU vorgegebenen Indikatoren anzuwenden und zu erfüllen. Ebenso gäbe es trotz der Vorgabe einer einzuhaltenden Biodiversitätsquote keine Vorfestlegung von Interventionsbereichen³ seitens der EU, was das Monitoring zusätzlich erschwere.

Eng damit im Zusammenhang stehe die Problematik des **fehlenden (Fach-)Wissens**. Es mangle u. a. nicht nur in den Kommunen an Flächenexpertise und Artenkenntnis. Diese Kenntnisse würden auch nur eingeschränkt in den vorhandenen Bildungsprogrammen vermittelt oder gingen in den nächsten Jahren durch Ruhestand zu großen Teilen sowohl bei den Projektnehmer*innen als auch den bewilligenden Stellen verloren.

Bedarfe und Prioritäten

Als inhaltliche Prioritäten zur Förderung der Biodiversität sahen die Teilnehmenden folgende Bereiche an:

- Die Bekämpfung von invasiven Arten und Schädlingen
- Beim Wald: der Erhalt, der Umbau und Ökosystemdienstleistungen
- Naturnahe grüne Infrastruktur in Siedlungsräumen
- Der Erhalt von Flächen unter dem Gesichtspunkt des Nature Restoration Law und dem 30%-Ziel
- Generelle Förderung von Umweltbildung im Bereich Biodiversität, sowohl in der schulischen Bildung als auch im Arbeitsleben

Neben den thematischen Bereichen nannten die Teilnehmenden auch folgende generelle Punkte, die es gelte, durch eine gezielte Förderung zu unterstützen, um den vorgenannten Problemen und Herausforderungen begegnen zu können. Zum einen sollte die Biodiversität integrativ behandelt werden, um dem Problem der Themen- und somit auch Fördermittelkonkurrenz, aber auch den vorhandenen Synergien Rechnung zu tragen. Auch sei eine regionale Schwerpunktsetzung vonnöten. Für eine bessere Akzeptanz seitens der potenziellen Antragstellenden, aber auch der Inanspruchnahme sollte die Unterstützung niedrighschwellig erfolgen, zum Beispiel durch die Förderung des Ehrenamts. Dazu würde auch die Förderung des Kompetenzaufbaus (capacity building) der Antragstellenden beitragen.

³ Diesem Umstand wurde in der Studie „[Biodiversity financing and tracking](#)“ (2022) Rechnung getragen. Sie wurde von der Generaldirektion Umwelt in Auftrag gegeben und mit dem Europäischen Parlament und Rat erörtert.

Veränderungen und Verbesserungsvorschläge

Hinsichtlich der zweiten Frage nach hilfreichen Veränderungen und Verbesserungsvorschlägen wurden von den Teilnehmenden folgende Inhalte angeführt und diskutiert:

Die vorhandene **Biodiversitätsquote** sollte beibehalten werden. Sie bedarf jedoch einer Überarbeitung hinsichtlich ihrer Relevanz und Messbarkeit. Neben der reinen Quotenvorgabe sollte die EU auch genau definieren, wie diese zu messen sei und welche Indikatoren dazu herangezogen werden sollten.

Des Weiteren sollte die Erarbeitung von (kommunalen) **Biodiversitätsstrategien, -plänen und -konzepten** förderfähig sein, um eine entsprechende Grundlage und solide Analyse der Ausgangssituation vor Ort zu haben. So ließe sich dann auch eine entsprechende priorisierte Projektpipeline aufbauen.

Einig waren sich die Teilnehmenden darüber, dass die Biodiversität sowohl als **eigenständiger Bereich** weiter gefördert werden sollte als auch bei anderen Bereichen der EFRE-Förderung **integriert bzw. mitgedacht** werden sollte. So sollten naturbasierte Lösungen (NbS) stärker in die Förderung integriert werden und, wo machbar, der Vorrang gewährt werden, nicht nur bei Kostenneutralität. So waren sich die Teilnehmenden einig, dass bei grauen Infrastrukturen unbedingt NbS einzubinden und förderfähig sein sollten, wie z. B. Gründächer und begrünte Außenanlagen. Auch die Unternehmensförderung sollte stärker für die Unterstützung der Biodiversität genutzt werden, z. B. über Ausgleichsmaßnahmen bei Gewerbeflächen. Um diese „Verpflichtung“ des Mitdenkens in den Antrags- und Verfahrensablauf für beide Seiten, Antragstellende und verwaltende Stelle, möglichst aufwandsarm zu integrieren, wurde vorgeschlagen, z. B. eine Liste an möglichen Biodiversitätsmaßnahmen als Antragshilfe anzulegen, um daraus dann drei zum Projekt passende von den Antragstellenden auswählen zu lassen. Ein anderer Ansatz wäre, entsprechende Maßnahmen über das Scoring oder die Gewichtung bei den Auswahlkriterien zu berücksichtigen. Dabei lag die einhellige Meinung aller Teilnehmenden vor, dass es sehr wichtig sei, keine weitere Bürokratisierung aufzubauen.

Als generell **unterstützende Rahmenmaßnahmen** nannten die Teilnehmenden mehr Förderung von Beteiligungsprozessen, um die wirklichen Bedarfe und die Akzeptanz vor Ort zu ermitteln und zu erhöhen, aber auch um die Zusammenarbeit zu kultivieren sowie den Wissenstransfer als Format zu institutionalisieren, um u. a. Ruhestandsaustritte effektiv im Vorfeld nutzen und dann kompensieren zu können. Neben dem Wissenstransfer sei auch eine strategische Personalplanung, insbesondere in den meist unterbesetzten Kommunen, vonnöten. Hier könnte KI sowohl bei Planungsprozessen als auch in der Wissensgenerierung unterstützend angewendet werden.

Beziehungen, Wechselwirkungen, Synergien und Zielkonflikte

Bei der Diskussion zu Synergien und Zielkonflikten gingen die Teilnehmenden besonders auf das Zusammenspiel zwischen Biodiversität und Klimaschutz ein. Hier wurden viele **Synergien** und positive Effekte genannt, wenn Projekte klug geplant und strategisch eingebettet werden. Dies gelte insbesondere für Projekte, bei denen naturbasierte Lösungen im Vordergrund stünden und die gleichzeitig dem Klimaschutz und der Klimaanpassung dienen. Positive Effekte wurden vor allem bei der Verbesserung des Stadtklimas und der Luftqualität sowie bei der Reduzierung von Hitzeinseln in urbanen Räumen gesehen. Auch der Erhalt und die Wiederherstellung von Ökosystemen wurden als wichtige Synergien genannt, die sowohl der Biodiversität als auch dem Klimaschutz dienen könnten. Eine verstärkte Wirkung der Projekte und eine passgenauere Umsetzung könnten durch die Zusammenarbeit von Kommunen und Verbänden erreicht werden.

Zielkonflikte sahen die Teilnehmenden vor allem dann, wenn Projekte nicht ausreichend aufeinander abgestimmt seien und unterschiedliche Ziele verfolgten. Ein Beispiel hierfür sei der Flächenverbrauch durch neue Infrastrukturen oder Bauprojekte, die zwar möglicherweise dem Klimaschutz dienen könnten (z. B. durch erneuerbare Energien), aber gleichzeitig zu einem Verlust von wertvollen Lebensräumen führten. Hier sei eine sorgfältige Abwägung und eine integrierte Planung notwendig, um solche Konflikte zu minimieren und möglichst viele Synergieeffekte zu erzielen.

2.7.2.2 Wasser

Die zweite Diskussionsrunde behandelte das Thema Wasser und beschäftigte sich zunächst mit den Problemen, Herausforderungen, Bedarfen und Prioritäten.

Probleme und Herausforderungen

Problematisch sahen die Teilnehmenden die Bereiche **Beteiligung und Zuständigkeiten**. So fehle es im Bereich Wasser an ausreichend Expertise und Umsetzenden. Auch sei die Behandlung der Wasserproblematik immer ein Landschaftsansatz und somit eine Herausforderung hinsichtlich der überregionalen Zuständigkeit. Flüsse und andere ober- und unterirdische Gewässer hören nicht an Ländergrenzen auf.

Ein weiteres Problem liege in der **thematischen Abgrenzung**. Eine klare Abgrenzung fehle, und es sei nicht genau bekannt, was die EU unter Wasserförderung versteht bzw. es sei nicht eindeutig geregelt, welches Projekt unter welches Thema falle. So könnten Projekte mit Wasserbezug z. B. den Themen Hochwasserschutz, Flächen- oder Gewässerrenaturierung, Landwirtschaft, Kreislaufwirtschaft etc. zugeordnet werden. Auch hinsichtlich des ELER bestünden Abgrenzungsprobleme.

Ein drittes Problem sahen die Teilnehmenden in den Bereichen **Verbrauch, Abwasser und Wasserqualität**. In vielen Bereichen, die das Thema Wasser betreffen (z. B. Grundwasserbestände, Risikoanalysen), sei die Datenlage veraltet. Auch werde der Wasserverbrauch langfristig eher steigen als sinken. Dazu komme die Herausforderung des warmen Abwassers aus der Industrie, das nicht eingeleitet, sondern energetisch genutzt werden sollte. Hinsichtlich der Wasserqualität wurden Probleme u. a. in den chemischen Rückständen im Klarwasser (Hormone) sowie im Eintrag von Nitraten und weiteren Nährstoffen aus der Landwirtschaft gesehen.

Als letztes, aber wohl drängendstes Problem, nannten die Teilnehmenden die **Kosten bzw. die Förderwürdigkeit** dieser Projekte. Projekte im Bereich Wasser hätten zumeist ein hohes Finanzvolumen bei vorliegender Mittelknappheit. Auch herrsche Intransparenz hinsichtlich der Förderfähigkeit. So ist z. B. die Flächenverfügbarkeit problematisch und es fehle die Option der Förderung von Grunderwerb. Dies wäre zumindest bei der Wiedervernässung von Mooren wichtig. Weitere Herausforderungen lägen hinsichtlich der Planungszeiträume vor. Hier gebe es oft einen langen Vorlauf, der auch nur bedingt gefördert werde.

Bedarfe und Prioritäten

Bedarfe und Prioritäten sahen die Teilnehmenden in der Förderung von:

- Wasserrückhalt in der Fläche
- Der Sichtbarkeit von Best Practice
- Der Ressourcenschonung und Reduzierung des Trinkwasserverbrauchs in der Wirtschaft
- Einem dezentralen Niederschlagsmanagement
- Der vierten Reinigungsstufe
- Der Phosphorrückgewinnung
- Der Renaturierung von Gewässern
- Einer verbesserten Kreislaufführung

Veränderungen und Verbesserungsvorschläge

Hinsichtlich der **Antragstellung** kam von den Teilnehmenden der Vorschlag, dass diese und auch die Partizipation kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure förderfähig sein sollten. Um eine möglichst große Flexibilität bei den Projekten zu gewährleisten, solle klarer geregelt sein, wer im Bereich Wasser Anträge stellen dürfe bzw. sollten auch zivilgesellschaftliche Organisationen (ZGO) Anträge stellen dürfen.

Im Bereich **genereller Regelungen** kamen die Vorschläge, die Funktion und Ausgestaltung der Wasserrahmenrichtlinie zu verbessern, insbesondere das Management. Auch sollten Regelungen getroffen werden, die die Flächenversiegelung reduzieren, den Ablauf von Oberflächenwasser regeln und den Boden als Wasserspeicher fördern. Darüber hinaus sollten Verteilerstellen

eingrichtet werden, die sich um die Zuteilung und Einleitung von Wasser, insbesondere in Dürreperioden, kümmern. Auch müsse die technische Machbarkeit und das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Projekte beachtet werden; hier wurden explizit die Wasserstoffkraftwerke genannt. Zur besseren Planung und Analyse der Ausgangssituation solle die Einrichtung eines kleinteiligen und aktuellen Grundwasser-Monitorings erfolgen.

In der **Wasserförderung** solle es darum gehen, dass das Thema Wassereffizienz eine Bedingung für die Wirtschafts- und Unternehmensförderung werde. Ebenso solle es eine Förderung für Bildung und Sensibilisierung im Wasserbereich geben. Eine weitere Chance, um z. B. das Problem der großen kostenintensiven Projekte zu reduzieren, sahen einige Teilnehmende darin, kleine und kurzfristig umsetzbare Maßnahmen verstärkt zu fördern. Auch sollten in der Wirtschaft und Forschung Alternativen zur Grundwassernutzung (Brauchwasser / vierte Reinigungsstufe) gefördert werden.

Beziehungen, Wechselwirkungen, Synergien und Zielkonflikte

Zielkonflikte bestehen nach Meinung der Teilnehmenden zwischen den Bereichen naturnahe Gewässer / Fließgewässer und dem Hochwasserschutz sowie zwischen der Industrie (H₂ / Prozesswasser), den Haushalten (Trinkwasser), der Landwirtschaft und der Natur. Dagegen wurden **Synergien** in den Bereichen Klimaanpassung durch einen funktionierenden Wasserkreislauf, der Vegetation als CO₂- und Wasserspeicher sowie mit dem Umweltschutz, der Kreislaufwirtschaft, der Biodiversität, der Gesundheit, den Bodenfunktionen und dem Klimaschutz gesehen.

2.7.3 Regionale Ansätze und Beteiligung

Zum Einstieg in die Gruppendiskussion wurden die regionalen Förderansätze der Strukturfondsförderung und deren mögliche Rolle bei der sozial-ökologischen Transformation mit einem kurzen **Impuls** vorgestellt. Bei den regionalen Förderansätzen handelt es sich um die integrierten territorialen Investitionen (**ITI**), **CLLD** (Community-Led Local Development, z. B. **LEADER**) und die **sonstigen** territorialen Instrumente (z. B. **JTF**).

Schon während des Impulses kamen erste Fragen auf. Wie kann man eine Idee für eine regionale Förderung in Umsetzung bringen und gibt es auch bundesländerübergreifende Förderungen? Eine Teilnehmerin erklärte die übliche Vorgehensweise, nach der man sich mit einer Projektidee an das Regionalmanagement in der entsprechenden Region (z. B. bei LEADER die lokale Aktionsgruppe oder das LEADER-Management) wendet, und dort Unterstützung bei der Projektentwicklung bekommt. Voraussetzung ist, dass es in der Region überhaupt eine LEADER-Region gibt, und dass die Projektidee in das bestehende regionale Entwicklungskonzept passt. D. h., dass im Unterscheid zur Förderung über die EFRE-Programme auf Bundesländerebene **bei CLLD**

lokal, von den ortsansässigen Stakeholder*innen entschieden werde, wofür die zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt werden. Dafür kämen eher kleinere Projekte in Frage, da größere Projekte durch die begrenzten lokal zur Verfügung stehenden Mittel nicht umgesetzt werden könnten. Bundesländerübergreifende Förderung gebe es aktuell nicht, sei jedoch mit den regionalen Förderansätzen möglich.

Im Impuls wurde berichtet, dass die Umsetzung von ITIs und CLLD in Deutschland relativ schwach sei. Als Begründung dazu wurde von einer Teilnehmerin angeführt, dass für diese Ansätze jeweils regionale Strategien / Konzepte als Fördervoraussetzung erarbeitet werden müssen, was die Nutzung dieser Fördermöglichkeiten hemme. Die **Erarbeitung der Strategien erfordere viel Zeit und personelle Kapazitäten**, die kleine, ländliche Kommunen oftmals nicht zur Verfügung stehen würden. Dem wurde entgegnet, dass die Strategien beispielsweise in Niedersachsen durch die technische Hilfe (TH) des EFRE gefördert werden, aber ob und mit welchem Mitteln die Strategien gefördert werden, würde jedes Bundesland einzeln entscheiden. Vornehmlich sei die TH jedoch für die Ausstattung der VBs vorgesehen, diese Mittel müssten dann entsprechend gekürzt werden. Ein Teilnehmer merkte an, dass es auch die Möglichkeit gebe, Konzepte und Strategien aus Programmmitteln zu fördern.

Daraufhin wurde erklärt, dass es bei der letzten Reform der Fördermethode CLLD – LEADER nicht geschafft wurde, eine verbindliche Quote von 5 % der EFRE und ESF+ Mittel für diese Art der Förderung einzuführen, wie sie im ELER existiert. Bezüglich der Strategien / Konzepte als Fördervoraussetzung wurde ergänzt, dass Deutschland schon flächendeckend mit Konzepten abgedeckt sei, und dass es einen Consulting-Zweig gebe, bei dem man sich Unterstützung holen könne. Daraufhin wurde vorgeschlagen, die vorliegenden regionalen Strategien, die nicht immer den genauen Vorgaben der regionalen Förderansätze der Strukturfonds entsprechen, als Fördervoraussetzung anzuerkennen. Erwähnt wurde auch ein Positionspapier der Europaministerkonferenz aus dem vergangenen Dezember, in dem verschiedene Fondslösungen für die regionale Förderung diskutiert werden, z. B. einen eigenen Fonds⁴, ausschließlich für die Entwicklung des ländlichen Raumes. Daraufhin wurde diskutiert, warum für die laufende FP CLLD und ITI (jeweils 1 % der EFRE-Mittel) im Vergleich zu den sonstigen territorialen Instrumenten (14 % der EFRE-Mittel) so schwach programmiert wurden. Ein Grund für den hohen Mittelansatz der sonstigen Instrumente ist, dass die JTF-Förderung darunterfällt. Die schwache Programmierung von CLLD und ITI liege vor allem an den im Vergleich zu den sonstigen Instrumenten komplexen und aufwändig umzusetzenden Regularien. Es wurde angemerkt, dass man sich nicht zu sehr darauf versteifen solle, ob ein Projekt als CLLD, ITI oder etwas anderes klassifiziert wird, da diese Einstufungen sehr technisch seien. Beispielsweise wurde in NI ein Projekt als "sonstiges Instrument"

⁴ Damit gemeint ist die Schaffung eines Strukturfonds für die Entwicklung ländlicher Räume („EFELR) auf der Grundlage von Art. 174 (3) AEUV, siehe <https://www.mb.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/lander-und-kommunen-fordern-starke-europaische-politik-fur-landliche-raume-233780.html>.

bezeichnet, obwohl es eigentlich ein ITI wäre, da es eine integrierte Förderung beinhaltet. Es gilt jedoch nicht als ITI, weil die Mittel nicht aus verschiedenen Förderprioritäten stammen, was Voraussetzung dafür wäre. Die Nicht-Deklaration von sonstigen Instrumenten als beispielsweise CLLD liegt auch an den umfangreichen Prüf- und Vorgabenpunkten, was den Aufwand erhöhe und die Umsetzung erschwere. Wichtiger als die Deklaration der Projekte sei es, dezentrale Stakeholder*innen wie Kommunen und Verbände in Förderprojekt mit einzubeziehen und für ITI im Besonderen, nicht-monothematische Projekte, sondern sektorübergreifende Projekte zu fördern.

Daraufhin bewegte sich die Diskussion in Richtung allgemeiner Probleme bei der Umsetzung der Strukturfondsförderung und der Nachhaltigkeitstransformation. Eine Mitarbeiterin aus dem Bereich der Stadtverwaltung merkte an, dass es eine **erhebliche Überforderung im System „Verwaltung“** gebe. Transformation erfordere eine Reifung sowohl auf Kompetenzebene der Mitarbeitenden als auch auf organisationaler Ebene, wobei die notwendigen Strukturen dafür noch nicht vorhanden seien. Es sei wichtig, das Bewusstsein dafür zu schärfen, Themen anders zu denken und zu kombinieren (Verknüpfungskompetenz) als bisher. Derzeit werde hauptsächlich an der Entwicklung personeller Kompetenzen gearbeitet. Eine weitere Teilnehmerin führte dazu aus, dass die Grundlage der aktuellen Diskussionen über die Probleme der Strukturfondsförderung die **hohen Zugangsschwellen** seien und es keine einfachen Zugänge mehr gebe. Damit gemeint war, dass für die Teilnahme oder Inanspruchnahme der Strukturfondsförderung aufgrund ihrer Komplexität ein **enormes Wissen und auch Zeit Voraussetzung seien**, was in vielen Organisationen nicht gegeben sei, weshalb der Bereich auch eine ganze Beratungsbranche alimentiere. Die im politischen Diskurs entstandene **Idee einer zentralen Umsetzung der Strukturfondsförderung** durch die Nationalstaaten (keine geteilte Mittelverwaltung mehr) könnte zwar eine Vereinfachung bedeuten, berge aber auch hohe Risiken, wie mehrere Teilnehmende ausführten. Mit einer Zentralisierung laufe man Gefahr, dass die vorhandenen Mittel noch stärker in Regionen / Kommunen (städtische Gebiete) fließen, die finanziell sowie hinsichtlich personeller Kompetenzen schon gut aufgestellt sind und somit ländliche Gebiete weiter abgehängt werden könnten. Es müsse betont werden, dass bewährte Instrumente wie das Partnerschaftsprinzip und weitere Beteiligungsformate zur Einbindung von kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren vorhanden seien, diese müssten jedoch stärker in der Strukturfondsförderung berücksichtigt werden. Ebenso seien die Prinzipien der Territorialität und der ganzheitlichen Förderung nur mit dezentralen Ansätzen zu erreichen.

Ein Teilnehmer reagierte auf die angesprochene Komplexität des Fördersystems (Verständnisproblematik) und forderte eine Kommunikationsstrategie. Es brauche eine **zielgruppenspezifische Ansprache**, mit der die Bedürfnisse der potenziellen Antragstellenden vor Ort eruiert und anschließend adäquat adressiert werden solle. Auch wurde die Idee geäußert, dass den Ziel-

gruppen ermöglicht werden solle, beispielsweise in Form eines Praktikums bei einer Verwaltungsbehörde oder zwischengeschalteten Stelle Expertise im Bereich der Durchführung der Strukturfondsförderung zu erlangen. Dem wurde entgegnet, dass gerade die regionale Förderansätze schon eine zielgruppenspezifische Ansprache und Förderung bieten. Zugestimmt wurde in dem Punkt, dass auch die Förderbedingungen an die Akteur*innen vor Ort angepasst werden sollen und auf allen Ebenen eine **Entbürokratisierung** stattfinden müsse.

Es wurde der Vorschlag unterbreitet, einen **Wettbewerb der Regionen** für Förderprojekte zu initiieren. Dabei sollte es möglich sein, dass beispielsweise jede Region eines Bundeslandes mit einer Projektidee am Wettbewerb teilnehmen kann. Eine Besonderheit der Wettbewerbsidee bestand darin, dass die Ausarbeitung der Projektideen bereits durch Fördermittel abgedeckt würde. Dies solle sicherstellen, dass auch kleinere, finanzschwache Kommunen ohne finanzielles Risiko teilnehmen könnten, da sie nicht in Vorleistung gehen müssten und mögliche Verluste bei Nichtauswahl ihrer Projektidee vermieden werden könnten.

Die zu Beginn der Arbeitsgruppenphase spontan entstandene rege Diskussion hatte zur Folge, dass für die Besprechung der vorgesehene Diskussionsfragen nur noch wenig Zeit blieb. Auf die **Frage nach Stärken und Schwächen** der regionalen Förderansätze lieferte eine Teilnehmerin eine übersichtliche Pro- und Contra-Analyse:

Pro

- Sichtbarkeit des EU-Mehrwerts vor Ort
- Gesteigertes Verantwortungsgefühl („Ownership“) vor Ort
- Bedarfsgerechte, maßgeschneiderte Förderung
- Strategische Einbettung
- Partizipativer Ansatz, Stärkung der Akteur*innen vor Ort
- Ganzheitliche Herangehensweise (insbesondere durch ITI-Ansatz)

Contra

- Komplexität der Umsetzung und Abwicklung / Bürokratie
- Keine / weniger Fokussierung
- Weniger Möglichkeit der Steuerung von oben (Abgabe von Macht)
- Zeitaufwand

Dazu wurde angemerkt, dass **regionale Ansätze die „ehrlichste“ Form der Beteiligung** aller Stakeholder*innen darstellten, wobei die übergeordnete Politik tatsächlich Macht an untere Ebenen abgebe. CLLD sei zwar als Bottom-up-Ansatz organisiert, jedoch bestehe eine Rechtfertigungs-

pflicht gegenüber der EU, einschließlich Nachweiskästen und Standardindikatoren. Es gebe jedoch kaum Einschränkungen seitens der Europäischen Kommission hinsichtlich des Zuschnitts der Regionen, sie sollten lediglich weder zu groß noch zu klein sein.

Auf die **Frage nach Bedingungen / Voraussetzungen zur Verbesserung der regionalen Ansätze** wiederholte ein Teilnehmer, dass es wichtig sei, **die tatsächlich betroffenen Menschen in die Programmgestaltung einzubeziehen**. Im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) gebe es für den ESF+ eine Stelle, an der Stakeholder*innen mit Fachkenntnissen beteiligt seien, jedoch wäre es noch besser, die Zielgruppen der Förderung aktiv einzubinden, da sie am besten wüssten, was sie benötigen. Wenn die Zeit zur Vorbereitung des kommenden Finanzrahmens (der kommenden FP) jetzt nicht genutzt werde, entstehe ein Problem, da derzeit in ganz Deutschland sehr niedrige Abflussquoten zu verzeichnen seien. Bezugnehmend auf die im Raum stehende Zentralisierung des Fördersystems entgegnete er, dass der Deutsche Aufbau- und Resilienzplan (DARP) zentral gesteuert werde, aber es auch dort Probleme beim Mittelabfluss gebe. Beide Systeme, zentral und föderal gesteuert, sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wenn die Europäische Kommission feststelle, dass die Programme schlecht angenommen würden oder die Mittel schlecht abfließen, könnten Akteur*innen aus dem rechtsaußen-Spektrum versuchen, Gelder zu kürzen oder Fonds ganz abzuschaffen. Es bestehe die große Gefahr, dass die Kohäsion in der nächsten Legislaturperiode die große Verliererin werde. Beim BMWK seien jedoch gute Ansätze verfolgt worden, indem Stakeholder*innen und Betroffene einbezogen und Fallstricke in den Regularien beseitigt worden seien.

Ein Teilnehmer betonte, dass eine **aufsuchende Beteiligung** erforderlich sei, um Stakeholder*innen einzubeziehen, deren Stimmen ansonsten kein Gehör fänden. Mittelgebende sollten dabei Initiative zeigen und Stakeholder*innen aufsuchen, die bisher keine Berücksichtigung finden. Zur Etablierung von Strukturen im ländlichen Raum, auch für deren Überleben nach der Durchführung von Projekten brauche es **bessere Verknüpfungs- und Kommunikationskompetenzen** (zwischen Förderreferaten, ZGS, Politik, Antragstellende etc.). Der Teilnehmer forderte auch eine neue Wirksamkeitsmessung für die EU-Förderung, die den Nutzen der Förderung eher qualitativ statt quantitativ beschreibe. Man müsse die Erfolge der EU-Förderung besser sichtbar machen. Einige Teilnehmende reagierten darauf spontan mit Ablehnung, aus Sorge vor einer weiteren Erhöhung der Komplexität des Fördersystems. Darüber hinaus wurde erwähnt, dass es **mehr Capacity Building**, insbesondere für zivilgesellschaftliche Akteure im Bereich der Strukturfondsförderung brauche, um sich stärker an den regionalen Fördermöglichkeiten beteiligen zu können.

In den beiden weiteren kurzen Diskussionsrunden wurde ergänzt, dass zur Verbesserung der regionalen Förderansätze ein **Wissenstransfer zwischen Regionen** vielversprechend sei. Positive wie negative Erfahrungen und Ergebnisse könnten von Region zu Region übertragen werden, so wisse man schnell, welche Förderansätze / Projekte funktionieren und welche nicht. Man

könne auch **benachteiligte Regionen als Fokusregionen** definieren, wodurch sie das Recht hätten, dass dort beispielsweise mehr Bemühungen (Veranstaltungen, Beratung, Unterstützung bei der Antragstellung, aufsuchende Beteiligung) erfolgen würden, was für mehr Fairness im interregionalen Wettbewerb sorgen würde. Zuletzt wurde das Problem der **unzulänglichen Bekanntheit der Fördermöglichkeiten der EU-Strukturfonds** benannt. Es gebe kein oder nur schlechtes Marketing für EU-Förderung, deren Erfolge müssten für die Bevölkerung sichtbar gemacht werden. Dem wurde entgegnet, dass schon viel Öffentlichkeitsarbeit gemacht werde, aber es kein Interesse dafür gebe. Auch wollten Mitarbeitende nicht mehr an Ständen stehen, da sie sich dort Anfeindungen ausgesetzt sehen.

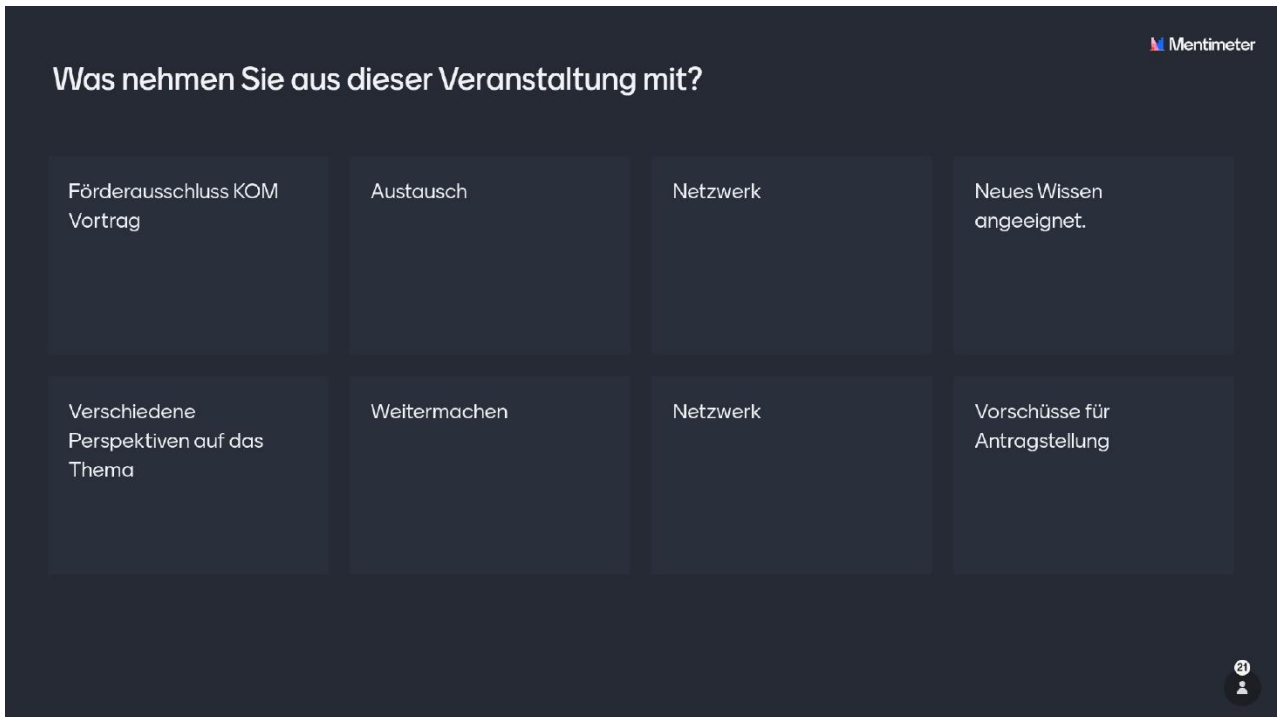
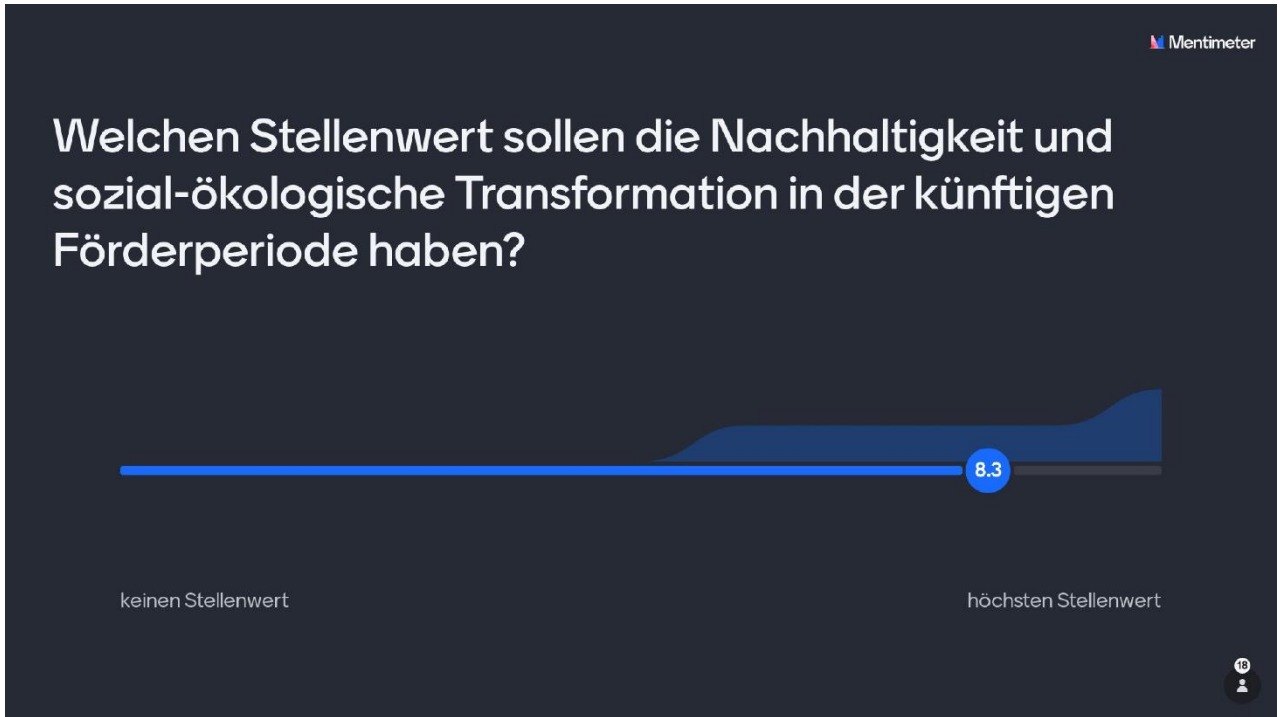
3 AUSBLICK

Der vierte und letzte Workshop im Rahmen des Projekts wird nach derzeitigem Stand im Frühjahr 2025 stattfinden. Voraussichtlich wird sich die Veranstaltung thematisch auf die folgenden Themen konzentrieren:

- Ideen für dauerhaften Dialog, Vernetzung und Austausch
- Ansatzpunkte (Ideen, Finanzierungsmöglichkeiten ...) zur Stärkung von Kompetenzen und Kapazitäten kommunaler Akteur*innen
- nationale und internationale Beispiele guter Praxis zur Stärkung von Kompetenzen und Kapazitäten kommunaler Akteur*innen

Über den genauen Termin sowie das Programm werden die Teilnehmenden der Veranstaltung rechtzeitig informiert.

4 FEEDBACK TEILNEHMENDE



Mentimeter

Was nehmen Sie aus dieser Veranstaltung mit?

Neue Kontakte, Einblick in den Förderdschungel 🤖🤖	Austausch	Überblick	Andere Perspektiven
Kontakte und Optimismus	Perspektiven	Grüne Themen werden künftig nicht selbstverständlich sein	Perspektive der EKom und dortiger Diskussionsstand

21

Mentimeter

Was nehmen Sie aus dieser Veranstaltung mit?

Verschiedene Perspektiven auf Grund unterschiedlicher Akteursgruppen	Neue Erkenntnisse über die kommende FP. Erfahrungsaustausch mit Anderen.	Komplexität	Perspektiven-Austausch
Allgemein hoher Verwaltungsaufwand, wenig Zeit in Förderperiode	Vernetzung	Viel Initiative vorhanden	Ins handeln kommen.

21

Wie zufrieden sind Sie mit der Veranstaltung?

